

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 zł, monatlich 4,80 zł. In den Ausgabestellen monatlich 4,50 zł. Bei Postbezug vierteljährlich 16,16 zł, monatlich 5,39 zł. Unter Streifenband in Polen monatlich 8 zł, Danzig 8 zł, Deutschland 2,50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr., Dienstags- und Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung usw.) hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 gr., die einspaltige Reklamezeile 125 gr., Danzig 10 bzw. 80 Ps. Pf., Deutschland 10 bzw. 70 Goldpfennig, übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigerem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — Postkonten: Polen 202 157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 211.

Bromberg, Donnerstag den 15. September 1932.

36. Jahrg.

Frankreichs Antwort.

Die Wehrdiskussion wird fortgesetzt.

Die französische Antwort auf die deutsche Forderung nach der Wehrleichheit enthielt keine Überraschungen. Es war seit langem bekannt, daß Frankreich sich hinter die juristischen Klauseln zurückziehen suchen wird. Die Franzosen waren schon immer gute Juristen. Sie haben diesen ihren Ruf durch die neueste Note noch einmal bestätigt. Aber mit bloßer Formalistik und juristischer Kiste kann man nicht immer dem pulserenden Leben und dessen Erfordernissen beikommen.

Die französische Regierung lehnt in ihrer Note die deutschen Forderungen ab. Sie tut dies aber nicht in einer kategorischen Form. Sie schließt nicht von vornherein alle Möglichkeiten der weiteren Diskussion aus. Sie vertritt die Ansicht, daß die ganze Angelegenheit nicht Gegenstand einer vertraulichen Aussprache zwischen Deutschland und Frankreich allein sein könne, und daß dafür der Völkerbund zuständig sei. Diese These birgt in sich ein gut durchdachtes Manöver, dessen Ziel es ist, die Entscheidung über die deutschen Forderungen so weit wie möglich hinauszuzögern.

Verzögerungstaktik, das ist der Klugheit letzter Sinn für Herrn Herriot und dessen Kriegsminister Paul-Boncour. Deshalb die verblüffende Feststellung, daß Aufrüstung, die ja Deutschland verlange, (?) nichts Gemeinsames mit der Abrüstung zu tun habe (!). Für die Frage der Abrüstung sei die Abrüstungskonferenz zuständig, für die Frage der Aufrüstung dagegen nur der Völkerbund. Deshalb solle Deutschland ruhig den Ausgang der Abrüstungskonferenz abwarten und erst nach dem Schluß der Abrüstungskonferenz weitere Schritte, die es für nötig hält, einleiten. Nach französischer Meinung soll also Deutschland zunächst einmal sich mit der Abrüstungskonferenz weiter beschäftigen, obwohl bereits heute feststeht, daß diese Konferenz ihren Namen zu Unrecht trägt. Sie müßte eigentlich die Konferenz für Sabotage der Abrüstung genannt werden. Gerade die bisherigen Ergebnisse der Genfer Abrüstungsarbeiten haben die Reichsregierung veranlaßt, die Frage nach der deutschen Wehrleichheit klipp und klar zu stellen. Und nun soll das Spiel von vorn beginnen?

Das Bureau der Abrüstungskonferenz ist zum 21. September einberufen worden. Zur Beratung steht die Frage, der Wiedereinberufung der Konferenz. Wird Deutschland an den Sitzungen des Bureaus teilnehmen? Dieses Problem wird bereits heute in Frankreich und auch in anderen Ländern lebhaft diskutiert. Das Bestreben Frankreichs geht ja unzweifelhaft dahin, Deutschland zum Einlenken in der Wehrfrage zu bewegen.

Das französische Nein ist damit ein diplomatisches Nein. Es ist immerhin bezeichnend, daß Frankreich es sich nicht leisten konnte, mit der Faust auf den Tisch zu schlagen und die deutschen Forderungen überhaupt außer jeder Diskussion zu stellen. Wie gern hätte Frankreich es getan! Wie warm hätte die französische Öffentlichkeit, mit wenigen Ausnahmen, es begrüßt! Aber es ging nicht. Denn dann stünde Frankreich allein in der Welt da. Weder England noch Amerika, von Italien gar nicht zu reden, hätten Verständnis für eine brutale Zurückweisung Deutschlands. Denn alle diese Länder wissen zu gut, daß Deutschlands Anspruch auf Wehrleichheit zu Recht besteht, und daß die ganze Frage nicht aufgetaucht wäre, wäre Frankreich seinen vertraglichen Verpflichtungen nachgekommen, deren Sinn die allgemeine Abrüstung ist. Die deutschen Forderungen sind ja nur eine Folge der Weigerung Frankreichs, die allgemeine Abrüstung zu ermöglichen.

Wenn aber England, Amerika und Italien gegen das strikte Nein Frankreichs waren, so waren und sind sie zugleich doch auch gegen das, was sie als Aufrüstung Deutschlands bezeichnen. Sie alle, vor allen Dingen England, erhoffen einen Kompromiß zwischen dem deutschen und französischen Standpunkt. Sind diese Hoffnungen begründet? Die Zukunft wird es zeigen. Nur eines ist heute schon klar: Die Diskussion über die deutsche Wehrleichheit hat begonnen — und sie wird fortgesetzt. Sie wird fortgeführt bis zur eindeutigen Lösung des gesamten Fragenkomplexes.

Internationale Besorranisse.

London, 12. September. In den nächsten neun Tagen wird eine fieberhafte Tätigkeit der internationalen Diplomatie einsetzen, um zu verhindern, daß Deutschland seine Drohung wahrmacht, von Genf fern zu bleiben. Der „Observer“ kündigt an, daß ein schnelles diplomatisches Vorgehen der ehemaligen alliierten und assoziierten Mächte bevorstehe. Zwischen Paris, Washington, London und Rom bestehe Einigkeit darüber, daß ein gemeinsamer Versuch gemacht werden müsse, die Katastrophe des deutschen Austritts aus der Abrüstungskonferenz zu vermeiden. Die englische Presse steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die deutsche Forderung auf Gleichberechtigung zwar anerkannt werden müsse, daß aber die Anerkennung mit gewissen Beschränkungen darüber ausgesprochen werden könne, bis zu welchem Grade Deutschland von dem Recht der Gleichberechtigung Gebrauch mache. Gewisse Hoffnungen setzt die Presse auf die Herriot-Rede, aus der sie gewisse versöhnliche Töne heraus-

gehört haben will. Der „Daily Telegraph“ glaubt, daß Herriot nur mit bestimmter Absicht sich in diesem Zusammenhang auf den Hoover-Plan berufen könne, und hofft, daß es möglich sein werde, Deutschland einen Beweis für den wirklichen Abrüstungswillen zu liefern. Dagegen ist „Morning Post“ sehr skeptisch. Das Blatt glaubt, daß der

Ausgang des ganzen Streites der sein würde, daß jede Nation so wie früher sich selbst durch solche Rüstungen sichern werde, die sie für nötig halte.

Wie die Dinge wirklich liegen, ist der englischen Öffentlichkeit durch Mussolinis Artikel vor Augen geführt worden, der auch in der „Sunday Times“ veröffentlicht worden ist.

Die französische Antwortnote

amtlich bekannt gegeben.

Berlin, 14. September.

Die französische Antwort auf die deutsche Denkschrift über die Gleichberechtigung in der Rüstungsfrage, die der französische Botschafter, François Poncet, dem Reichsaußenminister von Neurath am Sonntag überreicht hatte, ist am gestrigen Dienstag nachmittag in Berlin bekannt gegeben worden.

Die Antwortnote erklärt einleitend, daß die französische Regierung dem deutschen Wunsche nach Offenheit „rückhaltlos und ohne Hintergedanken zu entsprechen beabsichtigt“. Sie erklärt dann weiter, die deutsche Auffassung greife den Ereignissen voraus, daß nach dem bisherigen Verlauf der Abrüstungskonferenz diese hinsichtlich der Methoden und des Maaßes der Ergebnisse möglicherweise unbefriedigend bleiben werde. Frankreich hätte alles, was in seiner Macht läge, zugunsten der Arbeiten der Konferenz getan, was in der Antwortnote im einzelnen mit nichtlichhaltigen Gründen ausgeführt wird. Der Geist, in dem die französische Regierung an den Konferenzarbeiten weiter teilnehmen werde, bliebe derselbe; man müsse nicht nach Aufrüstung einzelner streben, sondern nach einer kontrollierten abgemeinen Aufrüstung.

Es sei das Ziel, zu einem Abkommen zu gelangen, das den Völkern „wirkliche Friedensgarantien“ böte, und es sei nichts wünschenswerter, als daß Deutschland mit Frankreich an diesem Werk arbeite.

Diese Arbeiten würden eine Festlegung der Rechtsstellung Deutschlands innerhalb einer allgemeinen Friedensordnung, die unter dem Schutze der Schiedsgerichtsbarkeit und der Kontrolle stünde, ermöglichen.

Es heißt dann weiter, daß Frankreich der deutschen These nicht beitreten könnte, die Bestimmungen von Versailles würden ipso jure durch die Abrüstungskonvention abgelöst werden. Sachlich nähme Frankreich für sich keinerlei Vorrechte in Anspruch, sondern fordere nur seinen rechtmäßigen Anteil an einer für alle geltenden Sicherheit. Für diese allgemeine Sicherheit erbitte es auch Anregungen Deutschlands.

Wenn dann die entsprechenden Grundsätze aufgestellt wären, würde Frankreich sich auch zur Frage der deutschen Aufrüstung äußern. Mit einer solchen Aufrüstung würde das Vertrauen in ganz Europa von neuem beginnen, weshalb Frankreich nicht für sich allein antworten könne. Die deutsche Aktion könne nicht auf dem Boden der Abrüstungskonferenz durchgeführt werden, sondern müsse auf Grund des Vertrauenspaktes zunächst die an diesem beteiligten Mächte beschäftigen. Nach dem Vertrag von Versailles unterliege

die Entscheidung aber allein dem Völkerbund.

Frankreich behalte sich vor, vor diesem seine Gründe gegen eine Wiederaufrüstung Deutschlands darzulegen. Auch wolle Frankreich den Rechten der Vereinigten Staaten durch eine Verhandlung im engeren Rahmen mit Deutschland nicht vorgreifen.

England für ein Kompromiß.

London, 14. September. (Eigene Drahtmeldung.) Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ meldet, daß die Englische Regierung vor Ende dieser Woche keinen Schritt in der deutschen Gleichberechtigungsfrage tun werde, es sei denn, daß in den nächsten 48 Stunden besonders ernste Ereignisse eintreten sollten. Es werde jetzt in London versucht, ein Kompromiß zwischen der deutschen Forderung nach Gleichberechtigung und dem französischen Anspruch auf praktische Garantien gegen eine Wiederbewaffnung seiner früheren Feinde zu finden. Es müsse ferner entschieden werden, auf welche Weise man die englischen Vorschläge den anderen hauptsächlich alliierten und assoziierten Mächten unterbreiten solle, ob durch die üblichen diplomatischen Kanäle oder durch eine Konferenz. Der Weg über die Botschaften sei gewöhnlich sehr umständlich.

Die Lage, die durch den Stillstand der deutsch-französischen Verhandlungen entstanden sei, sei jedoch ziemlich gefährlich.

Die Englische Regierung habe Frankreich vorgeschlagen, den für den 21. September vorgesehenen Zusammentritt des Allgemeinen Bureaus der Abrüstungskonferenz hinauszuschieben, um die spätere Beteiligung Deutschlands zu ermöglichen. Paris habe jedoch hiervon nichts wissen wollen. Der Zusammentritt werde daher planmäßig, aber ohne Beteiligung Deutschlands erfolgen. Englische Kreise betonten, daß der Völkerbundrat nicht die geeignete Körperschaft zur Führung der Verhandlungen sei. Man betrachte eine Körperschaft, die sich aus Vertretern Englands, Frankreichs, Deutschlands, Italiens, Amerikas und vielleicht auch Belgiens zusammensetze, als die am meisten geeignete. England habe etwa die ähnliche Auffassung wie Mussolini, daß die Annäherung an den deutschen Rüstungsstand durch die Abrüstung der anderen erfolgen solle.

Der diplomatische Mitarbeiter der „Daily Mail“ bestätigt die Auffassung des „Daily Telegraph“ und sagt: Man hoffe in London, daß in englisch-deutsch-französischen Besprechungen noch Fortschritte erzielt würden. Sollte das unmöglich sein, so werde der Vorschlag gemacht werden, die Abrüstungsverhandlungen fortzuführen und einen Plan zu entwerfen, der Deutschland vorgelegt werden könne.

Nach der Auflösung des Reichstages.

Berlin, 14. September.

Das Hauptinteresse des gestrigen Tages konzentrierte sich auf die Sitzung des sogenannten Überwachungsausschusses des Reichstages, genauer des Ausschusses zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung und auf den Verlauf des Konflikts zwischen der Reichsregierung und dem Reichstage. Der Überwachungsausschuss trat unter dem Vorsitz des ehemaligen Reichstagspräsidenten Loebe gestern vormittag 11 Uhr zusammen. Als Vertreter der Reichsregierung gab Ministerialdirektor Gottheiner noch einmal den Standpunkt der Reichsregierung zu den letzten Vorgängen im Reichstag bekannt. Er stellte fest, daß dem Reichskanzler vom Reichstagspräsidenten Göring das Wort verweigert wurde, ehe die Abstimmung über die kommunistischen Anträge im Gange war,

daß also der Reichstag vollkommen ordnungsmäßig aufgelöst und die Annahme der Mißtrauensanträge ungültig sei.

Ministerialdirektor Gottheiner gab dann ein Schreiben bekannt, daß der Reichstagspräsident Göring an den Reichskanzler gerichtet hat, und in dem er ihm formell von der Aufhebung der Notverordnung und der Tatsache Kenntnis gab, daß der Reichstag der Regierung v. Papen das Vertrauen entzogen habe. Damit und in Verbindung mit seinen gestrigen Erklärungen stelle sich der Reichstag auf den Standpunkt, daß das Parlament nicht aufgelöst sei.

In diesem Falle stünde die Einberufung des Überwachungsausschusses mit den Bestimmungen der Verfassung im Widerspruch, und die Reichsregierung könne an den Verhandlungen dieses Ausschusses solange nicht teilnehmen, bevor der Reichstagspräsident seinen Standpunkt nicht geändert habe. Nach Abgabe dieser Erklärung verließ Ministerialdirektor Gottheiner die Sitzung.

Nach dem Regierungsvertreter nahm der Reichstagspräsident das Wort zu einer Erklärung, die im starken Gegensatz zu seiner Haltung am Montag stand.

Göring erklärte, er müsse anerkennen, daß die Reichstagsauflösung rechtmäßig sei, weil auch ein gestürzter Reichskanzler ein Auflösungsdekret gegenzeichnen könne, solange er das Vertrauen des Reichspräsidenten habe.

Dagegen müsse er auf dem Standpunkt beharren, daß auch die Bestimmungen rechtmäßig seien, weil sie schon begonnen hätten, als der Reichskanzler sich zum Wort gemeldet hatte. Für die Deutschenationalen schloß sich der Abgeordnete den Erklärungen der Reichsregierung an.

Als der Überwachungsausschuss um 1 Uhr mittags wieder zusammentrat, war die Regierung nicht erschienen, trotzdem Präsident Göring vormittags im Ausschuss erklärt hatte, daß er die Rechtmäßigkeit der Reichstagsauflösung anerkenne. Die Reichsregierung glaubt aber, wie sie erklären ließ, zu einer Teilnahme an den Ausschussarbeiten

nicht verpflichtet zu sein, solange Präsident Göring seinen Brief an den Reichskanzler nicht zurückgezogen hat. Auf sozialdemokratischen Antrag wurde darauf mit allen Stimmen gegen die der Deutschnationalen eine Entschließung angenommen,

Das Nichterscheinen der Reichsregierung vor dem Ausschuss als verfassungswidrig zu erklären.

Zum Beschluß wurde ferner gegen die Stimmen der Deutschnationalen und diesmal auch gegen die Stimmen der Kommunisten ein Antrag angenommen, in dieser Angelegenheit den Reichspräsidenten von Hindenburg persönlich zu interpellieren.

Ein Zentrumsantrag im Ausschuss angenommen

Zum Schluß der Sitzung des Überwachungs-Ausschusses wurde mit allen Stimmen gegen die der Deutschnationalen ein Antrag des Zentrums angenommen, in dem es heißt:

„Die am 12. September ausgesprochene Auflösung des Reichstages verstößt gegen den Art. 25 Abs. I der Reichsverfassung, weil die in dem Auflösungsdekret angenommene „Gefahr“, der Reichstag könnte die Aufhebung bestimmter Rechtsverordnungen verlangen, keinen konkreten Anlaß darstellt, wie er im Art. 25 Abs. I der Reichsverfassung gefordert wird.“

Nachdem noch ein sozialdemokratischer Antrag zur Annahme gelangte, zur Sicherung der Wahlfreiheit die bestehenden Presseverbote aufzuheben, einigte man sich dahin, die Einberufung einer weiteren Sitzung dem Vorsitzenden Abg. Roewe zu überlassen.

Das Presse-Echo der Reichstagsauflösung.

Die „Kölnische Zeitung“ befaßt sich mit der plötzlichen Auflösung des Reichstages und mit dem zwischen der Reichsregierung und dem Reichstag entstandenen verfassungsrechtlichen und politischen Konflikt. Sie ist der Meinung, daß das Ende des Reichstages wenig rühmlich gewesen sei und daß die Sympathien weiter Volkskreise sicherlich eher auf der Seite der Reichsregierung als auf der Seite derer ist, die dem deutschen Volke mit ausgeklügelten Advokatenentwürfen und mit einer aus Komische grenzenden Handhabung der Geschäftsordnung eines selbstbewußten Parlamentarismus vorzuspielen glaubten. Es könne von einem Verfassungskonflikt überhaupt nicht die Rede sein, da die Verfehlung nicht von der Reichsregierung, sondern vom Reichstagspräsidenten begangen wurde. Das einzige was der Reichstag auf dem Rechtswege theoretisch unternehmen könnte, wäre eine Anklage des Reichspräsidenten oder der Reichsregierung gemäß Art. 59 der Reichsverfassung. Diese Anklage hat aber zur Voraussetzung, daß diese von 100 Mitgliedern des Reichstages unterzeichnet und von einer Zweidrittel-Mehrheit des Reichstages beschlossen werden muß. Politisch gesehen hätte es das Zentrum und die Nationalsozialisten in der Hand gehabt, die kommunistischen Anträge abzuwehren. Der Reichstag hätte die Pflicht gehabt, die Erklärung der Reichsregierung entgegenzunehmen. Das Blatt schließt damit, daß die große Linie der Regierung Tatkraft und Entschlossenheit zeige.

Die nationalsozialistische Parteikorrespondenz nimmt zu den Vorgängen im Reichstag in einer Erklärung Stellung, die u. a. besagt, der Reichstag habe der Regierung von Papen mit 513 gegen 92 Stimmen ein Mißtrauen ausgesprochen, wie es vernichtender in der Geschichte noch nicht dagewesen sei. Das deutsche Volk habe gesprochen und dieser Regierung die Quittung für ihr Verhalten gegeben. Der Versuch des Reichskanzlers, in die Abstimmlungshandlung selbst einzugreifen und vor der vollzogenen Abstimmung ein Schreiben, das, wie man später erfahren habe, das Auflösungsdekret enthielt, zur Kenntnis des Reichstages zu geben, sei geschäftsordnungs- und verfassungsmäßig mit Recht vom Reichstagspräsidenten zurückgewiesen worden, der nach der vollzogenen Abstimmungshandlung erklärt habe, daß er dem Herrn Reichskanzler selbstverständlich auf seinen Wunsch nach der Abstimmungshandlung das Wort jederzeit gegeben haben würde. Da der Reichskanzler vorher den Sitzungssaal verlassen habe, habe der Reichstagspräsident geschäftsmäßig die Tagung bis zur Dienstag stattfindenden neuen Sitzung geschlossen, deren Tagesordnung in der anschließenden Ministerratssitzung festgelegt werden sollte. Die Erklärung schließt: „Wir können und wollen nicht annehmen, daß der Herr Reichspräsident noch länger einem Kabinett sein Vertrauen schenkt, das fast von gesamten deutschen Volk in so unzweideutiger verfassungsmäßiger Weise im Reichstag mit schärfstem Mißtrauen abgelehnt worden ist.“

Die „Germania“, das Organ des Zentrums, hält die Verwirrung, die die Auflösung des Reichstages begleiteten, mehr für einen Vorgang eines eigenartigen Zusammentreffens merkwürdiger Umstände und Überraschungen als einen Ausdruck eines bewußten Willens. Reichskanzler von Papen habe nicht schnell genug auf die Taktik Görings reagiert. Die Reichstagsauflösung müsse schwere Bedenken hervorrufen, sie sei aber eine Tatsache, die sich nicht mehr ändern lasse. Alle juristischen Diskussionen seien zwecklos. Der Schritt der Regierung sei ein gefährliches Experiment. Niemand kann heute voraussehen, wofür der Weg führt, den die Regierung Papen eingeschlagen hat.

Die rechtsstehende „Börsezeitung“ bedauert es, daß der neue Wahlkampf im Zeichen eines Duells stattfinden wird, das gestern zwischen zwei dem nationalen Lager angehörenden Deutschen ausgetragen wurde. Die deutsche Duerulantensticht habe im Reichstage Orgien gefeiert.

Hugenbergs „Total-Anzeiger“ spricht von einem grotestken Schauspiel der Agonie am Krankenbett des Deutschen Reichstages, an welchem die Vertreter der Fraktion Goebbels, die noch vor kurzem mit aller Rücksichtslosigkeit diesen Reichstag bekämpften, Samariterdienste taten.

Auch der demokratische „Börsekurier“ schiebt dem Reichstage die Schuld zu und betont, die Parteiherrschaft habe über die Pflicht gesiegt. Der Partei-Egoismus sei vor der Notwendigkeit, die Regierung einmütig zu unterstützen, nicht zurückgetreten, gerade in einem Augenblick, da die Reichsregierung um die militärische Gleichberechtigung Deutschlands in der Abrüstungsfrage kämpft. Man hat dem Reichskanzler jegliche Möglichkeit genommen, vor dem Volke und vor dem Auslande die wirtschaftspolitischen und außenpolitischen Gedankengänge der Regierung kundzutun.

Der sozialdemokratische „Vorwärts“ hält die Rede des Reichskanzlers von Papen für eine scharfe Kampfanzeige. Das Organ der Sozialdemokratie veröffentlicht gleichzeitig einen Wahlauftrag an die deutschen Arbeiter und fordert sie auf, rücksichtslos den Kampf mit der Reaktion zu führen.

Ein ungewöhnlicher Brief Görings an den Reichspräsidenten.

Berlin, 14. September. (Eigene Drahtmeldung.) Reichstagspräsident Göring hat in einem Schreiben an den Reichspräsidenten von Hindenburg gefordert, unverzüglich die Wirtschafts- und Finanz-Verordnungen aufzuheben. Die Folge des Mißtrauensantrages gegen den Reichskanzler von Papen müßte nach Ansicht Görings der Rücktritt des gegenwärtigen Kabinetts sein, gegen das sich die Vertreter von 95 Prozent des deutschen Volkes ausgesprochen hätten. Der Autor des Briefes appelliert an den Reichspräsidenten, der bisherigen Regierung das Vertrauen zu entziehen.

Das Schreiben ist in einer ungewöhnlichen Form abgefaßt. Es entbehrt jeder Anrede und schließt mit einem „gezeichnet Göring“. Die Fassung dieses Schreibens hat beträchtliches Aufsehen erregt.

Was wird aus der Mandchurei?

Der Vorschlag des Völkerbunds ausschusses.

Der Bericht des Völkerbunds ausschusses, der die Lage in der Mandchurei studiert hat, schlägt, wie man in japanischen Regierungskreisen erfahren haben will, vor, in der Mandchurei eine autonome Regierung zu errichten, die dem Namen nach allerdings noch unter chinesischer Oberhoheit bleiben soll. Der neue Staat soll entmilitarisiert werden. Der Bericht des Lytton-Ausschusses gibt zu, daß eine völlige Wiederherstellung des Statusquo unmöglich sei. Er verwirft aber eine Annexion durch Japan oder die Errichtung einer japanischen Schutzherrschaft über die Mandchurei, wenn auch nichts dagegen einzuwenden sei, daß bei der Mandchurischen Regierung japanische Berater angestellt würden. Für die innere Sicherheit des Landes soll eine Polizei aus Einwohnern gebildet werden, die unter dem Kommando von ausländischen Offizieren steht. Der Grundsat der „offenen Tür“ und der völlig gleichen Behandlung aller Ausländer durch den Mandchurischen Staat müsse unter allen Umständen gewahrt werden. Der Bericht empfiehlt weiter, daß sofort Verhandlungen zwischen China und Japan über die Mandchurei eingeleitet werden, an denen Vertreter des Völkerbundes als Beobachter teilnehmen sollten.

Von japanischer Regierungseite wird zu diesen Vorschlägen erklärt, die bevorstehende Anerkennung des Mandchurischen Staates durch Japan erlege die Frage der Aufrechterhaltung einer nominellen Oberhoheit der Chinesischen Regierung über die Mandchurei. Im übrigen wird betont, daß Japan höchstwahrscheinlich die meisten Vorschläge des Ausschusses ablehnen werde.

Ein großmandchurisches Reich?

Der Londoner „Daily Express“ berichtet über angebliche Pläne Japans, auch Nordchina zu besetzen und ein großmandchurisches Reich zu gründen.

Der gegenwärtige Präsident der Mandchurei, der ehemalige chinesische Kaiser Puji, würde nominell zum Oberhaupt des Reiches ausgerufen werden. Eine ausgebreitete separatistische Bewegung soll in Nordchina bereits den Abbruch der Beziehungen mit Peking vorbereitet haben.

Da sich der Tag der offiziellen Anerkennung des Staates Mandschukuo durch Japan nähert, wird die Sicherheit der neuen Hauptstadt des neuen Staates Gegenstand wachsender Besorgnis. Chinesische Freiwillige, die in der Provinz Kirin operieren, sind in raschem Anmarsch gegen Tschangtschun, wo japanische und mandchurische Truppen bereit sind, ihnen entgegenzutreten. Der neue japanische Oberkommandant General Muto soll auf der Eisenbahn Verstärkungen von Mukden und Peking nach Tschangtschun entsenden.

Republik Polen.

Sowjetrussische Bestellungen in Polen.

Wie die polnische Presse aus Warschau meldet, haben die Sowjets vier Lokomotiven in der Fabrik „Parowóz“ in Warschau bestellt. Die Verhandlungen über die Bestellung von weiteren 30 Lokomotiven sind noch im Gange. Sobald es zur Verständigung kommt, soll die Ausführung der Bestellung der Fabrik Cegielski und der Lokomotiv-Fabrik in Chranow übertragen werden.

Deutsches Reich.

Joseph Rauscher verläßt die Dradag.

Dr. Joseph Rauscher, der Chefredakteur der „Drachtlosen Dienst N.-G.“, hat sein Amt als Chefredakteur niedergelegt. Bis zur Auflösung der Gesellschaft, die bis zum 30. September beendet sein soll, wird er die Geschäfte des Vorstandes weiterführen. Die Lösung der Beziehungen zum Rundfunk ist im Einvernehmen mit dem Rundfunkkommissar des Reichsministeriums des Innern, Scholz, erfolgt.

Seit einigen Wochen arbeitet als Beauftragter des Reichsministerialrats Walter Beumelburg der Bruder des bekannten Schriftstellers in den Räumen der Dradag. Er ist Direktor für staatspolitische Programmfragen des Rundfunks in der „Reichs Rundfunk-Gesellschaft“ und soll neben dem Nachrichtendienst auch die „Stunde des Reichs“ und andere politische Veranstaltungen der Reichsregierung beaufsichtigen bzw. durchführen.

Eine Verbannung des Reichs vor den Ländern.

Die bayerische amtliche Pressestelle teilt mit: Da sich bei der Reichsregierung das Bedürfnis herausgestellt hat, im Verkehr mit der Bayerischen Staatsregierung auch persönliche Fühlungnahme zu pflegen, wurde Legationsrat Dr. Freiherr v. Bersner als Vertrauensmann der Reichsregierung bestellt. Seine Aufgabe ist es, zu bestimmten Zeiten



Warum so eilig?
..... Ach so,
ASPIRIN vergessen.
In allen Apotheken erhältlich.

und bestimmten Aufträgen der Reichsregierung in München zur Verfügung zu stehen. Über diese Berufung hat die Reichsregierung der Bayerischen Staatsregierung eine amtliche Mitteilung zugehen lassen.

Freiherr von Bersner wird nicht in München, sondern in Berlin seinen Wohnsitz haben. Es ist wahrscheinlich, daß er zu bestimmten Zeiten und besonderen Aufgaben das Reich bei den Verhandlungen in den süddeutschen Hauptstädten vertreten soll, und zwar nicht nur in München, sondern auch in Stuttgart, Karlsruhe, Dresden und Darmstadt. Mit dieser Maßnahme ist wieder eine Art ständige diplomatische Vertretung in den süddeutschen Ländern vorgesehen.

Der Fall Daubmann.

Die französische Erklärung zu dem Fall des früheren Kriegsgefangenen Daubmann hat die Wirkung gehabt, daß in einer Anzahl Berliner Zeitungen Daubmann ohne weiteres als Schwindler hingestellt worden ist. Dazu bemerken die amtlichen Stellen, daß die Untersuchungen in keiner Weise abgeschlossen sind. Wie verlautet, ist das französische Protokoll, verglichen mit den Aussagen Daubmanns, nicht in allen Einzelheiten überzeugend.

Der Regimentsverband „Reserve 111“, dem Daubmann im Kriege angehörte, nimmt zu der Angelegenheit Stellung. Der Führer der Regimentsvereinigung erklärt, Daubmann wünsche selbst eine möglichst baldige und restlose Klarstellung. Wer Daubmann als Menschen und Soldaten kenne, glaube an ihn.

Zwirkos Heimkehr.

Warschau, 14. September. (Eigene Drahtmeldung.) In der Nacht zum Mittwoch traf auf dem Warschauer Hauptbahnhof der Sonderzug ein, der die sterblichen Überreste des verunglückten Oberleutnants Zwirkos und seines Flugzeugkonstruktors Wigura nach Warschau brachte. Der Sarg Zwirkos wurde von Offizieren der Warschauer Flugschiffel zum Leichenwagen getragen. Die Särge wurden in der Warschauer Kreuzkirche aufgebahrt. Den Zug bis zur Kirche begleiteten trotz der späten Nachtstunden eine ungeheure Menschenmenge.

Die „fliegende Familie“ gerettet.

Aberdeen, 13. September. Der Amerikaner Hutchinson, seine Familie und seine Begleiter, sind gerettet worden. Ein Funkpruch des hier beheimateten englischen Frachtdampfers „Lord Talbot“, der an der Suche teilgenommen hat, meldete seiner Reederei durch Funkpruch, daß er um 1 Uhr nachts das Flugzeug auf dem Meere treibend entdeckt hätte. Alle acht Personen an Bord der „fliegenden Familie“ seien am Leben und wurden vom Dampfer übernommen.

Um in Amerika als Flieger noch einiges Aufsehen zu erregen, muß man schon mit besonderen Ideen und Leistungen aufwarten können. Da Wettflüge an sich nichts besonderes mehr darstellen, beschloß der Amerikaner Hutchinson, aus einem solchen Unternehmen eine Familienangelegenheit zu machen. Am 24. August flog Hutchinson Vater, begleitet von seiner Frau, seinen beiden sieben und neun Jahre alten Töchtern sowie einem Mechaniker, Funker und einem Photographen zu einem Weltfluge auf. Nach dem Start in St. John (Neubrunswick) wurde zunächst Montreal (Kanada), dann Hopedale auf Labrador angefliegen.

Auf dem Weiterflug über Grönland mußte die Familie Hutchinson wegen Motorendefektes eine Notlandung vornehmen. Da dieses Gebiet ohne Erlaubnis der dänischen Kolonie überflogen wurde, verurteilte man Hutchinson zu einer Strafe von 10 000 Kronen. Nach diesem Vorkommis wurde die fliegende Familie vom Pech nicht mehr losgelassen. Am vergangenen Sonntag geriet die Maschine über dem Eismeer in einen Sturm, der die Piloten zu einer Notlandung auf dem Meere zwang. Die SOS-Rufe erreichten am Sonntagabend eine grönländische Station, die sofort die Rettungsaktion einleitete.

Nach einer WTB-Meldung aus Oslo soll Hutchinson sich nach der norwegischen Funkstation Finnsbu in Ostgrönland gerettet haben.

In Angmagalik.

Kopenhagen, 14. September. (Eigene Drahtmeldung.) Die Familie Hutchinson ist von dem englischen Frachtdampfer nach Angmagalik gebracht worden. Da die Flieger keine Polarkleidung besaßen, hatten sie sehr unter der Kälte zu leiden. Hutchinson selbst war so ermattet, daß er bei der Ankunft in Angmagalik sofort das Bett aufsuchen mußte. Wie aus Oslo gemeldet wird, hat der Frachtdampfer auf der Fahrt nach Angmagalik die norwegische Funkstation Finnsbu aufgesucht, wo sich der dänische und der deutsche Flieger befanden, die an der Suche nach Hutchinson teilgenommen hatten. Die Flieger wollen, wenn es das Wetter zuläßt, am Mittwoch nach Julianehaab zurückkehren.

Kleine Rundschau.

Gorgulow hingerichtet.

Paris, 14. September. (Eigene Drahtmeldung.) Der Mörder des Präsidenten der Französischen Republik, Gorgulow, ist in den frühen Morgenstunden des heutigen Tages auf dem Hofe des Pariser Gefängnisses hingerichtet worden.

Deutsche Arbeit.

In Torgau lebt ein Kriegsteilnehmer, der sich die eiserne Nation, die er 1914 bei Kriegsbeginn erhalten hatte, zum Andenken aufbewahrt hatte. Dieser Tage hat er die Konservendbüchse geöffnet und festgestellt, daß die darin befindliche Fleischration tadellos erhalten und vollkommen gebrauchsfähig war.

Bommerellen.

14. September.

Grudenz (Grudziadz).

Submission. Die Quartiermeisterei des Zentrums der Kavalleristischen Ausbildung hat die Erbauung eines offenen Heuschuppens von 60 x 12 x 6 Meter zu vergeben.

In der kaufmännischen Fortbildungsschule, männliche Abteilung, Schwerinstraße (Sobieskiego), wird der Unterricht Montags, Dienstags, Donnerstags und Freitags von 18.15 Uhr ab erteilt.

Renovierung der Volksschule in der Gehlbuderstraße (Konarskiego). Während der Sommerferien hat die Stadtverwaltung in einzelnen Schulen Ausbesserungsarbeiten vornehmen lassen.

Zwei verschwundene Mädchen. Der Polizei ist von Konrad Tuchowski, Antskstraße (Budkiewicza) 24, und von Eva Piasecka, Fischerstraße (Rybicka) 29, das Vermisshwerden ihrer Töchter Maria, 17 Jahre alt, bzw. Lucia, 15 Jahre alt, gemeldet worden.

Gefundene Gegenstände. In der Zeit vom 1. Mai bis zum 31. August d. J. sind auf dem städtischen Amt für öffentliche Sicherheit und Ordnung folgende Sachen als gefunden abgegeben worden: 2 Damenuhren, 1 lederne Mappe, 1 Futera, 2 Kinderhandtaschen, 1 Damenbluse mit Krage, 1 Lehrbuch (deutsch), 1 Korb mit verschiedenen Sachen, 1 Aneifer, 3 Portemonnaies, 10 verschiedene Schlüssel, 1 Prothese, 1 Spazierstock, 1 seidenes Taschentuch und 1 Krage.

Einen „vierbeinigen Arrestanten“, nämlich eine herrenlose Kuh, die seelenergnügt nachts auf der Straße spazierte, hat die Polizei „festgenommen“ und das Tier in einem geeigneten Raum im 1. Polizeikommissariat installiert.

Diebstähle. Bestohlen wurden laut letztem Polizeibericht Fr. Koplewski, Pohlmannstraße (Miekievicza) 21, um 16 Tauben im Werte von 45 Zloty, sowie Wladyslaw Kühn, Kl. Mühlenstraße (M. Mlynska) 5, um drei Mäntel im Werte von 40 Zloty.

Im Wartesaal bestohlen wurde Florian Gruminski aus Kehlben um seine 100 Zloty Wert besitzende Geige.

Drei Fahrraddiebe — Bernard Zgoda, Teodor Lewandowski und Jan Domian — sowie elf der Gelehrte Beschuldigte, hatten sich Freitag vor der Strafkammer zu verantworten. Die Genannten haben in den Jahren 1930—32 in Grudenz, Thorn, Strassburg, Konitz, Stargard, Schwab, Culm, Briesen und Inowroclaw eine riesige Zahl Fahrräder gestohlen.

Bereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Die Hauptversammlung der Deutschen Bühne Grudziadz findet am Donnerstag, dem 15. September, um 20 Uhr, im Gemeindehanse statt.

Thorn (Torun).

Unfall. Der 10 Jahre alte Henryk Cojnicki, Lindenstraße (ul. Kosciuszki) 3, kletterte Montag nachmittags auf einen Straßbaum und fiel von diesem herunter.

v Freiwillig aus dem Leben zu scheiden versuchte am Montag eine in der Heiligengeiststraße (sw. Duchy) wohnhafte Ehefrau, und zwar durch Einatmen von Leuchtgas.

Auf Veranlassung des Untersuchungsrichters beim Bezirksgericht wurde am Montag eine Person durch die Polizei verhaftet. Außerdem wurden je eine Person wegen Diebstahls, Hehlerei und Betruges festgenommen und dem Bürgergericht zugeführt.

Einem Jeltenern Fang machte der auf der Jakobsvorstadt wohnhafte Fischer Topolewski beim Fischfang in der Weichsel. Es gelang ihm, einen 2,14 Meter langen und 230 Pfund schweren Sibir glücklich an Land zu bringen.

Der Dienstag-Bochenmarkt war bei sehr starker Beschäftigung nur schwach besucht. Es kosteten: Eier 1,30—1,50, Butter 1,40—1,70, Hagebutten und Brombeeren pro Liter 0,30, Holunderbeeren pro Pfund 0,20, Erdbeeren zweite Ernte 0,50 pro Glas, Apfel 0,10—0,60, Birnen 0,20—0,80, Pflaumen 0,15—0,35, Weintrauben 1—3,00, Walnüsse 1,20, Weiß-, Rot- und Wirsingkohl pro Kopf 0,10—0,30, Blumenkohl (sehr viel) pro Kopf 0,10—0,80, Tomaten 0,05—0,20, Gurken pro Stück 0,01—0,20, Spinat 0,20—0,30, Sauerkraut 0,10, junge Hühnerchen pro Stück 1,00, Suppenhühner 2,50 bis 3,50, Enten 2—4,00, Gänse 5—8,00, Tauben 0,60—0,80, Rebhühner 1—1,20.

Vermisht wird seit dem 5. d. M. der 20jährige Josef Jastrzebski, Weinbergstraße (ul. Winnica) 24. Die Polizei hat die Suche nach ihm in die Wege geleitet.

Diebstahlchronik. Aus einem auf dem Güterbahnhof Thorn-Moder stehenden Zuge wurden aus einer von Krakau gekommenen Sendung 4220 Zigaretten im Werte von 169 Zloty gestohlen.

Deutsch sprechen verboten?

Konitz (Chojnice), 13. September. Ein eigenartiger Vorfall ereignete sich am letzten Sonntag gegen 2 Uhr nachmittags unter der Eisenbahnüberführung in der Bahnhofstraße.

Grudenz.

Voranzeige!

Sonnabend, den 8. Oktober 1932 um 20 Uhr im Gemeindehanse:

Oktoberfest der Deutschen Bühne Grudziadz Bordfest auf Dampfer „Europa“

Ganz billige Schiffskarten trotz der hohen Abgaben! Die Einladungen werden demnächst versandt.

Mädchen, ohne Ehelicheit, ohne Gefährlichkeit, ohne Mehrljährige Erfahrung.

Dauerwellen, ohne Ehelicheit, ohne Gefährlichkeit, ohne Mehrljährige Erfahrung.

Empfehle Lastauto in exakter Ausführung.

Salon A. Orlikowski, am Fischmarkt, 7005

Thorn.

Klavierstimmen für Einmachzweck!

Glashaut Galizier Pergamentpapier in Bogen, vorrätig bei 5783

Wielkie Garbary 14, Wohnung 6, 6581

Justus Wallis, Papier-Handlung, Thorn, Sierota 34.

Schülermützen 7093, dauerhaft und billig empfiehlt Karl Kling, Thorn, szosa Chelm. 52.

Die Jahre vergehen — Behüten Sie die Reinheit Ihres Teints — die Frische Ihrer Haut!



Wie bewundern Männer eine frische, jugendliche Haut. Heute schützen Millionen Frauen ihren strahlenden Teint und ihre jugendliche Haut durch regelmäßigen Gebrauch von Palmolive-Seife.



Verlangen Sie stets die echte Palmolive. Achten Sie auf die grüne Packung mit dem schwarzen Band und der Goldaufschrift Palmolive. JETZT Gr.90

PALMOLIVE SEIFE

brückte das entfesselte Element zu den Nachbargrundstücken hinüber, wo es schrecklich wütete. Dem Gustaw Grondzjewski brannten Wohnhaus, Stall und Scheune (verschifert mit insgesamt 6000 Hloty) ab. Dieselben Bauteile fielen bei Adolf Stalich, der mit etwas über 13 000 Hloty versichert ist, dem Feuer zum Opfer, sodann auch noch bei Franciszek Swiniarski, dem außerdem noch zwei Schuppen abbrannten. S. ist mit 7000 Hloty versichert. Schwer geschädigt wurde endlich noch die Witwe Anna Rudwicka, die Scheune, Stall, das gesamte Hausmobiliar und vom lebenden Inventar ein Pferd, einen Ochsen, einige Schweine und Geflügel verlor.

* Strasburg (Brodnica), 12. September. Der Einbruchsdiebstahl zum Schaden des Gasthausbesizers Friedrich Dahm und anderer Einwohner in Bukowiz hiesigen Kreises wurde durch die Polizei aufgeklärt. Diese verhaftete die beiden Diebe, die in Piwnice und Hofenkirch (Kstazki) wohnhaft sind, und lieferte sie ins Burggericht ein. Die gestohlenen Sachen wurden zum größten Teil gefunden und den rechtmäßigen Eigentümern zurückerstattet.

Die Danzig-polnischen Zoll- und wirtschaftlichen Streitfragen.

(Von unserem Danziger Mitarbeiter.)
Am 19. Mai hat der Völkerbundrat auf Anruf Danzigs die Entscheidung des Hohen Kommissars des Völkerbundes vom 29. März d. J. bestätigt, daß Polen gehalten sei, die polnische

Absperrung gegen Danziger Waren des Danziger passiven Veredelungsverkehrs aufzuheben und die unverzügliche Ausführung dieser Entscheidung verlangt und festgestellt, daß das polnische Finanzgesetz auf den Danziger passiven Veredelungsverkehr nicht anzuwenden sei. In einer Note vom 24. 6. 32 wandte sich die Regierung der Freien Stadt beschwerdend an die Polnische Regierung, daß die Entscheidung des Hohen Kommissars und des Völkerbundrats nicht durchgeführt würde. Polen antwortete darauf, daß Polen die Entscheidungen der Völkerbund-Instanzen ausgeführt habe und Zuwiderhandlungen nur „in vereinzelten Fällen einer irrigen Auslegung des Gesetzes durch niedere Zollorgane“ vorgekommen sein können und hat um Mitteilung solcher Fälle. Der Senat hat jetzt, unter gleichzeitiger Mitteilung an den Völkerbund, der Polnischen Regierung das Material übermittelt. Darin wird auch mitgeteilt, daß Danziger Firmen auf der Dienststelle des obersten polnischen Zollinspektors der Bescheid wurde, daß eine Aufhebung des Einfuhrverbotes gar nicht in Frage komme und daß er, auf die Senats Entscheidung hingewiesen, geantwortet habe: „in eigenen Haus haben wir zu bestimmen, genau wie man Ihnen nicht vorzuschreiben kann, welche Suppe Sie sich zum Mittag kochen lassen.“ Es wird dann in der Danziger Note festgestellt, daß

1. Die Beamten sämtlicher polnischer Grenzübergangsstellen nach wie vor nur solche Waren zur Einfuhr zulassen, für die „das polnische Zollinspektorat in Danzig“ eine Bescheinigung ausgestellt hat, daß sie „nicht aus einem unzulässigen Danziger Veredelungsverkehr kommen“;
2. die polnischen Zoll- und Finanzämter, insbesondere in Dirschau, Gdingen, Stargard, Graudenz, Neumark, Thorn und Bromberg in ständiger einheitlicher Praxis in polnischen Geschäften Revisionen vornehmen nach Waren des Danziger Veredelungsverkehrs, Waren beschlagnahmen und mit Strafen vorgehen, sofern ihnen nicht durch eine Bescheinigung des „polnischen Zollinspektors in Danzig“ nachgewiesen wird, daß die Waren nicht aus einem „unzulässigen Danziger Veredelungsverkehr“ kommen;
3. die Oberzolldirektion, Myslowitz hat einer Abordnung der Kattowitzer Handelskammer nach Mitte Juli richtungsloses Vorgehen gegen alle Geschäfte angekündigt, die Waren des Danziger Veredelungsverkehrs beziehen. Alle Waren aus Danzig, wann immer sie gekauft seien, würden beschlagnahmt;
4. ein höherer Warschauer Zollbeamter allen polnischen Grenzwachposten an der Danziger Grenze allen Beamten Entlassung androhte, die nicht dafür sorgten, daß Waren aus Danzig von einer Bescheinigung des „polnischen Zollinspektors in Danzig“ begleitet seien;
5. die Dienststelle des Obersten polnischen Zollinspektors in Danzig nach wie vor die erwähnten Bescheinigungen für

Waren von Danzig nach Polen ausstellt, die für Waren des Danziger Veredelungsverkehrs nicht erhältlich sind. Ihre Erteilung werde abhängig gemacht von einem Verzicht der Danziger Firma auf Danziger Kontingente, die ein von Polen vertraglich anerkanntes Recht seien.

Der Senat fordert von der Polnischen Regierung, daß sie unverzüglich die Aufhebung der Sperre für Waren des Danziger Veredelungsverkehrs durch Veröffentlichung in den amtlichen Blättern und durch Rundverfügungen an die zuständigen Behörden bekanntgibt.

Auf den Danziger Antrag auf Neufassung des Warschauer Abkommens

Hinsichtlich der zoll- und wirtschaftlichen Bestimmungen hat die Polnische Regierung dem Hohen Kommissar des Völkerbundes eine Antwort zugeben lassen, die ein wahres Buch ist, denn sie ist 140 Seiten stark. Der Hohe Kommissar hat dem üblichen Verfahren gemäß Danzig diese Antwort übermittelt; sie wird z. Bt. bei der Danziger Regierung überlegt.

Der von den Völkerbundinstanzen eingesetzte Ausschuss zur Begutachtung dreier Finanz- und Wirtschaftsverfahren zwischen Danzig und Polen hat am 10. September seine Gutachten erstattet.

Der Ausschuss hat die polnische Klage auf Feststellung zahlloser angeblicher Verfehlungen Danzigs auf dem Gebiete des Zollwesens in den Hauptpunkten als unbegründet zurückgewiesen und sich nicht befugt erachtet, auf die hierauf basierte polnische Schadenersatzforderung von rund 54 Millionen Hloty eine Antwort zu erteilen.

Im zweiten Verfahren ist das polnische Verlangen nach Beseitigung der Danziger Reservatrechte auf dem Gebiete der Einfuhr und Ausfuhr zurückgewiesen worden. Der Ausschuss hat darin gerade ein lebensnotwendiges Sicherheitsventil für Danzig erblickt und vorgeschlagen, zur künftigen Vermeidung von Reibungen zwischen Danzig und Polen hierfür einen paritätischen Ausschuss einzusetzen.

Der Ausschuss hat drittens entsprechend dem Danziger Antrag anerkannt, daß Polen kein Recht hat, die durch Verarbeitung in Danzig nationalisierten Waren von seinem Teil des gemeinsamen Zollgebietes auszusperren. Die von Polen ausgesprochenen Beschlagnahmen und Konfiskationen sind nach seinem Gutachten unverzüglich aufzuheben.

In diesen Punkten haben also die Gutachten den Danziger Anträgen stattgegeben. Die Gutachten bilden nach den Regeln für die Danzig-polnischen Streitverfahren vorläufig nur eine Unterlage für die demnächstige Entscheidung des Hohen Kommissars.

General Mac Arthur in Warschau.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Der Stabschef der Armee der Vereinigten Staaten N. A. General Douglas Mac Arthur ist von den in den letzten Tagen in Wolhynien abgehaltenen Manövern am Sonnabend morgen nach Warschau zurückgekehrt und hat im Hotel Europejski Wohnung genommen.

Um 11 Uhr vormittags erschien General Mac Arthur im Generalstabsgebäude, wo der Stabschef General Gajsirowski den amerikanischen Gast mit dem Großen Bande des Ordens „Polonia Restituta“ — und dessen Adjutanten Hauptmann George Davis mit dem Ritterkreuz dieses Ordens dekoriert hat. Hierauf hat General Mac Arthur in Begleitung von höheren polnischen Offizieren, mit dem General Gajsirowski an der Spitze, einen Kranz am Grabe des unbekanntes Soldaten niedergelegt.

In den Nachmittagsstunden wurde General Mac Arthur im Schloße vom Präsidenten der Republik empfangen. Dieser Audienz folgte ein Besuch des amerikanischen Generals beim Minister Zaleski im Außenministerium.

Um 1 Uhr mittags empfing Marschall Pilsudski den General Mac Arthur im Belvedere, und um 2 Uhr fand ein zu Ehren des Gastes vom General Gajsirowski gegebenes Frühstück statt, an dem eine Anzahl höherer Offiziere teilnahm.

Abends gab der Außenminister Zaleski ein Diner zu Ehren des Generals Mac Arthur.

Von der Sonnen- zur Mondfinsternis.

Am 31. August fand die bei uns allerdings nicht sichtbare totale Sonnenfinsternis statt. Am heutigen 14. September werden wir Zeugen einer Mondverfinsternis sein.

Die Sonnenfinsternis des 31. August wurde in wissenschaftlichen Kreisen mit großer Spannung erwartet. Die Vorbereitungen hatten viel Zeit, Fleiß und Geld in Anspruch genommen. Zahlreiche astronomische Expeditionen wurden ausgerüstet. Sie mußten meistens einen weiten Weg zurücklegen, da die Sonnenfinsternis des 31. August in der östlichen Spitze Asiens und im nördlichen Eismeer am besten zu beobachten war, genauer: zu beobachten gewesen wäre ... wenn nicht die Wolken dazwischengekommen wären.

Nach allen bisherigen Meldungen läßt sich sagen, daß die Bemühungen der Astronomen und Physiker vergeblich gewesen waren. Die Sonnenfinsternis ist, wenn man sich so ausdrücken darf, in die Wolken gefallen. Das Wetter hat der Wissenschaft einen bösen Streich durch die Rechnung gemacht. Nur die einzelnen Expeditionen waren vom Glück begünstigt. Sie konnten bei schönstem Wetter ihre Beobachtungen durchführen. Das gewonnene Material wird z. B. ausgewertet und durchgeprüft, die Ergebnisse werden noch auf sich warten lassen. Aber schon fehlt es nicht an sensationell klingenden Ankündigungen. So will man wissen, daß die japanische Expedition, die unter der Führung von Professor Kiriyama stand, im Spektrum der Korona, welche die Sonne umgibt, und nur bei der Mondfinsternis zu sehen ist, Spuren eines unbekanntes Elements gefunden hat.

Man muß diese Meldung mit größter Vorsicht behandeln. Vor einigen Jahren wurden im Spektrum eines Nebels Linien „entdeckt“, die keinem der bekannten chemischen Elemente angehören schienen. Man heulte sich, den Triumph der Spektralanalyse groß zu feiern und das neue

Element „Nebulium“ zu nennen. Es hat nicht lange gedauert, bis die Linien des „Nebulium“ als gewöhnliche Helium-Linien „entlarvt“ wurden.

Mit entsprechender Vorsicht sind auch alle Meldungen über den berühmten Einstein-Effekt zu behandeln. Der Einstein-Effekt besteht darin, daß ein Lichtstrahl in der Nähe der Sonne von seinem geraden Weg abgelenkt wird. Die Nachprüfung des Einstein-Effekts geschieht folgendermaßen: die Stelle, in der am Himmel die Sonnenfinsternis stattfindet, wird einige Tage vorher photographiert. Eine zweite Aufnahme wird während der Sonnenfinsternis vorgenommen. Dabei werden die in unmittelbarer Nähe der Sonne liegenden Sterne infolge der Sonnenverfinsternung sichtbar. Die Entfernung zwischen diesen Sternen muß auf der Photographie, die während der Sonnenfinsternis aufgenommen wurde, offenbar eine andere sein als auf der üblichen Aufnahme. Man darf besonders darauf gespannt sein, ob die letzte Sonnenfinsternis das Vorhandensein des Einstein-Effekts bestätigt hat.

Im Gegensatz zu den Sonnenfinsternissen sind die Mondfinsternisse auf dem ganzen Erdball sichtbar. Die Mondfinsternis des 14. September wird allerdings keine totale sein. Der Mondtritt wird nur zu 0,981 beschattet sein. Der Mond tritt um 19.05 Uhr nach mitteleuropäischer Zeit in den Schatten der Erde und verläßt ihn erst um 0.56 Uhr des 15. September. Der Eintritt in den Kernschatten erfolgt dabei um 20.18 Uhr und der Austritt um 23.43 Uhr. Die Beobachtungszeiten sind also besonders günstig zu bezeichnen.

Vergleichen wir den Mond mit einer Uhr, so berührt der Kernschatten den Mond an einer Stelle, die dort zu finden ist, wo man auf einer Uhr die Zahl 9 findet. Der Austritt findet etwa bei der Uhrzahl 5 statt.

Den Anfang der Verfinsternung sieht man in Europa, Afrika, im östlichen Teile des Atlantischen Ozeans, im Indischen Ozean, in Asien und Australien. Das Ende ist sichtbar

DAS ERLERNEN DER POLNISCHEN SPRACHE

für Erwachsene und Kinder

EINE FRAGE VON WENIGEN WOCHEN!

Ohne Ihr Heim zu verlassen, in Ihren freien Stunden, lernen Sie polnisch spielend leicht und diskret und eignen sich die schwierige Aussprache in einwandfreier Weise an. Sie hören die systematisch aufgebauten Lektionen von den bekannten LINGUAPHONE-Schallplatten ab, aus dem Munde der besten polnischen Sprecher und verfolgen gleichzeitig den Text in dem entsprechenden Lehr- und Wörterbuch. Eine umfassende Anleitung erleichtert Ihnen das Studium.

In derselben Weise lernen Sie Englisch, Französisch und alle anderen Sprachen.

Wir dienen Ihnen mit ausführlichen Prospekten und Aufschlüssen. Wenden Sie sich an uns unter Berufung auf dieses Blatt.

LINGUAPHONE INSTITUTE (Warszawa, Kredytowa 4)

Am letzten Tage seines Aufenthalts in Warschau begab sich General Mac Arthur in Begleitung des Departementschefs des Militärflugwesens, Oberst Rayzki, auf den Flugplatz von Okcie. Am Sonntagabend reiste der amerikanische Gast nach Prag (Tscheschowawski) ab.

Mundfunk-Programm.

Freitag, den 15. September.

Königsbrunnhausen.

08.20: Von Berlin: Konzert. 10.10—10.40: Schulfunk. 12.00: Wetter. Anschl.: Geistliche und weltliche Chorwerke (Schallplatten). 14.00: Von Berlin: Konzert. 15.00: Jungmädchenstunde. 15.45: Jugendstunde: Praktisches Naturforschen. Bedeutung und Leistung der Wurzel. 16.00: Pädagogischer Funk. Prof. Dr. Feltz Lampe: Das Aufbaubildband, ein Unterrichtsmittel für die Mundfunktechnik. 16.30: Von Leipzig: Konzert. 17.30: Antik und Seele. Dr. Ludw. Ferdinand Claus: Neue Wege der Vorkunde (IV). 18.00: Prof. Dr. Kamme: Insekten als Musikanten. 18.30: Volkswirtschaftsfunk. Reichsminister a. D. Dr. Gb. Hamm: Konjunkturwende und Wirtschaftspolitik. 18.55: Wetter. 19.00: Wissenschaftlicher Vortrag für Ärzte. 19.20: Stunde der Arbeit: Die Kleinfunderforschung. 20.00: Von Washington: Kurt G. Sell: Vorüber man in Amerika spricht. 20.15: Von Hamburg: Seefahrt ist tot. 21.15: Von Königsberg: „Ardine“. 22.15: Wetter, Nachrichten und Sport. Anschl. bis 24.00: Von Berlin: Populäres Orchesterkonzert.

Breslau-Sleinwig.

06.20: Von Berlin: Konzert. 08.15 ca.: Funkgymnastik. 08.30: Stunde der Frau. 10.10: Schulfunk für höhere Schulen. 11.00 ca.: Von Hamburg: Konzert. 13.05 ca.: Konzert. 14.05: Mittagskonzert. Fortsetzung. 15.45: Das Buch des Tages. 16.00: Stunde der Musik. 16.30: Von Berlin: Konzert. 18.00: Das wird Sie interessieren. 18.20: Kurt Walter Goldschmidt: Die heutige Lage der Intellektuellen. 18.45: Krise des Amerikanismus. 19.10: Abendmusik (Schallplatten). 20.00: Von Washington: Kurt G. Sell: Vorüber man in Amerika spricht. 20.15: Ihr frommen, deutschen Landsknecht ant. Volkslieder, Reime und Schmänte des 16. und 17. Jahrhunderts. 21.25: Kammermusik. Sennia-Quartett. 22.45—24.00: Tanzmusik.

Königsberg-Danzig.

06.30—08.15: Schallplatten. 09.00: Französischer Schulfunk für die Oberstufe. 11.30: Konzert. 13.30—14.30: Schallplatten. 15.30: Kinderfunk. 16.00: Das Spielzeug des Kindes. 16.30: Unterhaltungskonzert. 18.25: Landwirtschaftsfunk. 18.50: Gelehrte Plauderei. 20.00: Von Washington: Kurt G. Sell: Vorüber man in Amerika spricht. 20.15: Von Danzig: Die Wase. Groteske in Dur und moll von Hans Walter Brehmoldt. 21.15: Drenauer-Schnitt: „Ardine“. Text von Fouqué. Musik von G. Th. A. Hoffmann-Pitzner. 22.25 ca.: Wetter, Nachrichten, Sport.

Warschau.

12.45 und 13.35—14.10: Schallplatten. 15.10: Schallplatten. 17.00: Salonmusik. 18.20: Tanzmusik. 20.00: Sinfoniekonzert. Kompositionen von J. J. Paderewski. Philharmon. Orchester, Dir.: Greg. Nizelsberg. Solist: Albert Tadlowski, Klavier. 21.10: Sinfoniekonzert-Fortsetzung. 22.00 und 22.50: Tanzmusik.

im nordöstlichen Teile von Nordamerika, in Südamerika, im Atlantischen Ozean, in Europa, in Afrika, im westlichen Asien und im Indischen Ozean. Bei Beginn der Finsternis sehen wir auf der linken Seite des Mondes zunächst eine leichte Verschleierung, er gerät in den Halbschatten der Erde. Wenn ihn der Kernschatten bedeckt, treten allmählich die verschiedensten Farbentönungen auf, grau bis braun, rot und violett. In der Hauptphase haben wir eine seltsame kupferrote Scheibe vor uns, jedoch verschwindet der Mond hierbei nie vollständig, weil er von der erleuchteten Erde erhellt wird.

Wer die Verfinsternung wissenschaftlich verfolgen will, soll darauf achten, wann die einzelnen Ringgebirge in den Schatten der Erde treten. Dazu gehört allerdings vorher ein gewisses Studium der Mondoberfläche an Hand einer guten Mondkarte, die man vielfach in Atlanten vorfindet. Helle Ringgebirge sind z. B. Kopernikus, Tycho, Kepler, Aristarch usw.; das dunkelste Ringgebirge stellt Plato dar. Es folgen die Zeiten, in denen der Ein- und Austritt dieser Ringformationen in den Kernschatten der Erde und aus demselben erfolgt: Kepler Eintritt 20.38, Tycho 20.40, Aristarch 20.42 Uhr, Kopernikus 20.48 und Plato 21.20 Uhr; Austritt: Plato 22.29, Aristarch 22.33, Kepler 22.44, Kopernikus 22.50 und Tycho 23.16 Uhr. Diese markanten Punkte sind leicht auf dem Monde zu finden.

Die nächste totale Mondfinsternis sehen wir erst am 8. Januar 1936, also nach drei Jahren vier Monaten, die zweitnächste am 7. November 1938. Die Verfinsternungen des Mondes haben von jeher die Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Der Mond ist tot, es befindet sich auf ihm keine Atmosphäre, kein Wasser und kein Eis. Ein lebloser Körper, der erstarrt kein Anklitz auf seine Beherrscherin, die annähernd 400 000 Kilometer von ihm entfernt Erde, ruhet.

Hindernisse für den Wirtschaftsaufstieg.

Landwirtschaftliche Preisgestaltung. — Industrie- und Kartellpreise. — Der notwendige Eingriff.

Vor etwa einem Jahre begann in Polen nach dem Vorbilde anderer Länder eine von der Regierung in großzügiger Weise eingeleitete Preisentkennungskampagne. Ihr lag die richtige Erkenntnis zugrunde, daß der Kampf mit dem Niedergang der Konjunktur im Bereich des Absatzes und der Nachfrage ebenso geführt werden müsse wie in allen anderen Zweigergemeinschaften der Krise, und daher müßten zunächst einmal die Preise gesenkt werden, die unwahrscheinlich hoch waren. Die Differenzen innerhalb der Preisgestaltung der einzelnen Produkte sollten kleiner werden, um die ungesunde wirtschaftliche Benachteiligung mancher Produktionszweige (besonders der Landwirtschaft) zu beseitigen und sie dadurch wirtschaftlich zu stärken. Im allgemeinen aber sollten am Inlandsmarkt Werte frei werden, die bis dahin in den nicht verkäuflichen Produkten gebunden lagen, um sie von neuem dem Produktionsprozess und dann dem Konsum zuzuführen. Die Voraussetzung dieser Aktion war also, daß der natürliche marktbestimmende Vorgang von Angebot und Nachfrage ins Stocken geraten war und daß er durch Maßnahmen der Regierung wieder in seine wirtschaftliche Symmetrie gebracht werden mußte.

Die geringen Erfolge, die damals erreicht worden sind, sind von Kennern der Wirtschaft rechtzeitig nachgewiesen worden. Die Erfolge, die wirklich zu verzeichnen waren, sind letzten Endes auf ganz andere als von der Regierung beabsichtigte Erscheinungen zurückzuführen. Die einzige Hilfe für die Regierung lag in der Schwäche, kaum aufnahmefähigsten Haltung des Innenmarktes. Mit dem Augenblick, da der angekündigte Kampf mit den Preisen bekannt wurde, trat eine Zurückhaltung aller Konsumgüterfreier ein (vom Rohstoff bis zum Fertigfabrikat), die Nachfrage ließ in den meisten Zweigen stark nach. In der Rücksicht, erst möglichst dann wieder Deckungskäufe vorzunehmen, wenn die Preise eine entsprechende Senkung erfahren haben werden. Diese Haltung war sowohl im Einzelhandel (bei Industrieartikeln) wie im Großhandel wahrzunehmen.

Der katastrophale Rückgang der Nachfrage mußte preispolitisch das Angebot beeinflussen.

Die Preise der nicht kartell- und monopolgebundenen Artikel sanken. Dieser Preissturz war die natürliche Folge, die sich aus dem gegenseitigen Spiel von Angebot und Nachfrage ergab.

Die ganze große Preisentkennungskampagne der Regierung blieb Stückwerk. Sie vollzog sich auf wesentlich anderer Grundlage als in Mitteleuropa und sie mußte demzufolge andere Formen annehmen, da Polens Wirtschaftsstruktur wesentlich von der Mitteleuropas verschieden ist. Auch nicht einen Augenblick lang war man sich im Unklaren, daß die wirtschaftlich unhaltbare Differenz zwischen den Preisen der Landwirtschaft und denen der Industrie nicht beseitigt war. Die Lage der Landwirtschaft wurde von der Preisseite her nicht im geringsten geändert. Das aber war der Hauptzweck der Aktion — die Landwirtschaft aufnahmefähiger zu machen.

Den Berechnungen des Konjunkturforschungsinstituts zufolge ist das allgemeine Preisniveau seit 1928 um 35 Prozent gefallen, d. h. also, daß alle Preise zusammengenommen (die Kartell- und Monopolpreise ausgenommen) um 35 Prozent gefallen sind. Wesentlich ausschlagreicher wäre eine Berechnung des Preissturzes einzelner Produkte. Es ergab sich daraus, daß die nicht kartellgebundenen Industrieerzeugnisse im Durchschnitt von 20 bis 30 Prozent gesunken sind, während die landwirtschaftlichen Produkte seit 1928 einen Preissturz von 40 und 50 Prozent und darüber erfahren haben.

Welchen katastrophalen Rückgang die Landwirtschaftspreise aufzuweisen haben, soll allezeit folgende kurze Übersicht veranschaulichen:

	September 1928	September 1932
Weizen	45,00	25,00
Roggen	35,00	15,00
Gerste	34,00	15,50
Braugerste	37,00	19,00
Hafer	33,00	12,50

Nicht ein einziges Produkt anderer Wirtschaftszweige hat einen so enormen Preisrückgang zu verzeichnen.

Man muß das Jahr 1928 als das Jahr eines relativ normalen Konjunkturausgleiches annehmen. Wenn heute von einer neuen Preisentkennung öffentlich die Rede ist, dann wäre es unzweckmäßig, weiter zurückzugreifen, um eine Preisstabilisierungsbasis zu finden. Wieder heißt es, eine Kürzung der Differenz zwischen den Preisen der

landwirtschaftlichen Produktion und denen der Industrie-Produktion vorzunehmen. Die Schwierigkeiten liegen bereits in dem „Was“. Heute zeigt sich die ungeheure Lücke, die in der großen Preisentkennungskampagne der Regierung damals gelassen wurde. Dr. Lipiński, der Leiter des Konjunkturforschungsinstituts, gab vor kurzem bekannt, daß sich die Preise der Kartellprodukte Polens seit 1928 nicht geändert haben, daß sie auf der gleichen Höhe von 1928 geblieben sind, während aber — wie wir bereits oben betonten — alle anderen nichtkartellgebundenen Produkte im Preise durchschnittlich um 35 Prozent zurückgegangen sind.

Man muß sich aus wirtschaftspolitischen Erwägungen heraus wundern, daß die Regierung vor einem Jahre den Kartellpreisen gegenüber so große Rücksicht walten lassen,

daß eine Preisentkennungskampagne wirtschaftlicher Unfug sein mußte, wenn die 100 in Polen bestehenden Kartelle gespart würden. Die Regierung verrät zwar eine unverkennbare Neigung zur Konzentration in der Industrie, sie begünstigt Kartell-, Pool- und Syndikatbildungen. Aber eine solche Preispolitik, die von dem gesamten Volkseinkommen einer besonderen Gruppe einen besonders großen Teil dieses Einkommens sichert, muß sich in der gesamten Wirtschaft Polens katastrophal auswirken. Sobald andere Wirtschaftszweige wirtschaftlich schwach werden, weil ihnen in dem allgemeinen Wirtschaftsrückgang der ihnen zustehende Teil des Volkseinkommens entweder gekürzt oder vorenthalten wird, während anderen Gruppen dieses Volkseinkommen künstlich und einseitig zugeführt wird, dann muß, allen anderen Argumenten zum Trotz, der gesamte Wirtschaftsorganismus ins Stocken geraten. Praktisch ist dies bereits eingetreten: Die Katastrophe der Landwirtschaft ist bekannt (die Regierung hat bereits durch vier allerdings unzulängliche Verordnungen eingreifen müssen), die Privatindustrie kämpft einen schweren Kampf, Handwerk, Gewerbe und Handel vegetieren nur noch. Neben den Läden, die diese Wirtschaftszweige einseitig zu tragen haben, hat das einseitig geleitete Volkseinkommen ihre Existenzen untergraben, den Markt geschwächt und die Arbeitslosigkeit vergrößert.

Wenn sich das allgemeine Preisniveau seit 1928 um 35 Prozent gesenkt hat (Kartelle und Monopole natürlich ausgeschlossen), so erhebt sich die Frage, ob auf der einen Seite eine Preiserhöhung für landwirtschaftliche Produkte, auf der anderen Seite aber eine weitere Senkung der Industriepreise möglich ist. Überblickt man die Ernteschätzungen dieses Jahres, so kann kaum angenommen werden, daß eine Preissteigerung für Getreide einsehen wird, sobald sich nicht die Weltmarktpreise erholen. Die Stützungsmaßnahmen der Regierung (die im allgemeinen schwächer sind als im Vorjahre) werden nicht genügen. Die nicht kartellgebundenen Preise der Industrie- und Handwerkerzeugnisse werden kaum weiter gesenkt werden können. Sie sind vielfach an der Grenze der Rentabilität angelangt. Die Herstellungskosten werden kaum noch gedeckt und als größtes Hindernis steht die übermäßig hohe Verzinsung der Kredite und die Steifheit der Sozial- und Steuerlasten entgegen, die sich dem Preisrückgang nicht im entferntesten anpassen.

Zur Preisentkennung verbleiben die Preise der Kartelle, denen die der Monopole angehörender werden müssen.

Es wird eines gründlichen Studiums der Marktlage bedürfen, um die Liste der senkungsbedürftigen Artikel zu bestimmen. Auf jeden Fall müssen sie von ihrer heutigen Höhe heruntergehen, da der Markt diese Belastung nicht mehr tragen kann. Wenn der Zentralverband der landwirtschaftlichen Organisationen lechthin den Beschluß faßte, eine Untersuchung der Preislage für solche Artikel durchzuführen, die ein künstlich hochgehaltenes Niveau verraten, um deren Senkung zu veranlassen, dann weist diese Tatsache nur darauf hin, wie ungefund und krank die Regulierung von Angebot und Nachfrage am polnischen Markt ist. Dies ist eine Folge der geschaffenen Vorrechte für manche Gruppen.

Das Preisproblem am polnischen Markt ist verworren. Es muß aber energisch in Angriff genommen werden, wenn nicht weitere böse Rückschläge erfolgen sollen, die bei der sich jetzt nach und nach durchziehenden Besserung in der Weltwirtschaft für den polnischen Wirtschaftsorganismus von Nachteil wären.

Der deutsche Vorschlag will also vor allem die Möglichkeit ausschalten, daß Mächte, die überhaupt nur einen sehr begrenzten Aufnahmearaum für südoideale Agrarprodukte haben wie Frankreich, durch ein Kollektivabkommen von der getroffenen Regelung des bevorzugten Warenverkehrs politisch profitieren.

Wie die drei Vorschläge, denen sich die Forderungen der Warschauer Agrarkonferenz noch hinzugesellen, gegeneinander ausgewogen werden sollen, ist noch durchaus unklar. Wenn die Konferenz in Stresa überhaupt zu einem positiven Ergebnis kommen will, wird der französische Vorschlag eines Kollektivabkommens zurückgezogen werden müssen. Es erscheint jedoch fraglich, ob Frankreich, nachdem es bereits auf den Tardieu-Plan verzichtet mußte, weitere Konzessionen machen wird.

Sollte Stresa ohne ein positives Ergebnis abgebrochen werden, wird wohl Deutschland, das wiederum die einzigen konkreten Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt hat, den Weg der direkten Verständigung mit den Südoidealen von neuem versuchen. Dies wird auch — so meint die „Tägl. Rundschau“ — durch die eben erfolgte Kündigung des deutsch-jugoslawischen Handelsvertrages vorbereitet.

Zwischenbilanz.

Wie der „Voss. Ztg.“ aus Stresa gemeldet wird, ist am Ende der ersten Konferenzwoche als bisheriges Ergebnis festzustellen: Der Verzicht Frankreichs auf den Tardieu-Plan durch Preisgabe der tschechischen Klausel, das Scheitern des polnischen Versuches, sich mit Hilfe des Ostagrarsblocks die südoideale Länder vorzuspannen, die völlige Eintigung der drei

Festland-Großmächte darüber, daß man den Agrarstaaten im Donauraum gemeinsam helfen wolle. Dazu kommt heute die aussichtsreiche Annäherung in der Frage der Sondervorzugsbehandlung des Südoidealtreibes. Besonders Deutschland habe Ursache, mit diesem Ertrag zufrieden zu sein, der dank der Durchsichtigkeit seiner Vorschläge erzielt werden konnte.

Deutsche und französische Vorschläge in Stresa.

Stresa, 12. September. Deutschland und Frankreich haben heute, wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meldet, in der Wirtschaftskommission einen neuen Vorschlag vorgelegt, der zur Überwindung der noch bestehenden Gegensätze dienen soll. Beide Vorschläge haben noch nicht die Zustimmung Italiens gefunden, und die drei Großmächte haben sich jetzt zusammengesetzt, um die Verhandlungen weiterzuführen und untereinander erst einmal zu einer Einigung zu gelangen.

Der französische Vorschlag will Anrechnung der Präferenzen auf den von allen zu leistenden finanziellen Kontributionsanteil gewähren, ein Vorschlag, der noch nicht die Zustimmung Deutschlands gefunden hat, da dieser Kontributionsanteil durch seine Präferenzen abgegolten werden soll. Dieser Unterschied ist aber zweifellos leicht zu überwinden.

Deutschlands Vorschlag geht nach zwei Richtungen:

1. daß von den in Stresa anwesenden Gläubiger- und Abnehmerstaaten in der Erleichterung der Abnahme von Getreide auf den europäischen Märkten oder in einer Vertragsabklärung der anderen ein Mittel zur Valorisation ost- und mitteleuropäischen Getreides gesehen wird,

2. daß die Abnehmerstaaten, nämlich Deutschland, Frankreich, Italien, die Schweiz, Österreich und die Tschechoslowakei, sich zur Erleichterung der Einfuhr von Getreide, Futtermitteln und Mais aus den ost- und mitteleuropäischen Staaten Bulgarien, Ungarn, Rumänien und Südbalkan zum Abschluß zweiseitiger Verträge bereit erklären und, sei es durch Tarifiermäßigungen auf dem Transport, sei es durch Rückerstattungen oder durch Präferenzen, einen Preisvorteil gewähren.

Amerikanisches Moratorium für die deutschen Schulden.

Berlin, 12. September. (Eigene Meldung.) In einem Telegramm aus Washington meldet das Wolff-Bureau: Am Sonnabend haben die Unterredungen zwischen dem deutschen Geschäftsträger Lettner und dem Finanzminister Mills über die Stundung der deutschen Zahlungen begonnen, die an die Vereinigten Staaten von Amerika am 30. September d. J. aus dem Titel der Besatzungskosten und der Kriegsschadensabführung abzuführen sind. Diese Konferenzen haben bis jetzt zu der formellen Bekanntgabe eines Moratoriums durch Deutschland nicht geführt, da vorher noch eine Reihe von Fragen zu erledigen sind, u. a. die Frage eines dreimonatlichen Termins zur Veröffentlichung des Moratoriums, damit das Moratorium ohne Vorbehalte von der Regierung der Vereinigten Staaten angenommen werden könnte. Mit Rücksicht auf die damals bevorstehende Konferenz in Lausanne, sowie auf die Frage der privaten Kriegsschadensabführung hat Deutschland diesen Termin nicht innegehalten. Wie die Meldung des Wolff-Bureau weiter feststellt, ist damit zu rechnen, daß es nach der Erledigung dieser Fragen binnen kurzen zu einem Kompromiß kommen wird.

Die amerikanische Presse beschäftigt sich eingehend mit diesen Gesprächen, da dies seit dem Ablauf des Hoover-Moratoriums der erste Fall ist, daß ein fremder Staat die Stundung der Zahlungen nachsucht. Dieser Fall könnte, so heißt es in der amerikanischen Presse, ein Vorwand für die Illiteren sein, falls sie ebenfalls ein Moratorium für die am 15. Dezember dieses Jahres fälligen Zahlungen veröffentlichen wollten. Aus Londoner und Pariser Meldungen geht jedoch hervor, daß weder England noch Frankreich von dem ihnen zustehenden Recht des Moratoriums Gebrauch machen wollen, um so weniger als dies zwar die Stundung lediglich des Kapitals, nicht aber der hohen Zinsen zur Folge haben würde.

100 Häuser durch Großfeuer vernichtet. 2200 Personen obdachlos.

Bialystok, 13. September. (P.M.) Aus bisher unbekannter Ursache brach heute vormittag in der Ortschaft Kolno im Kreis Komza ein Großfeuer aus. Drei Viertel der Stadt steht in Flammen. Infolge Wassermangels und infolge des starken Sturmes war die Rettungsaktion sehr erschwert. Bis 16.30 Uhr war es noch nicht gelungen, das Feuer einzudämmen. Mit Automobilen sind Soldaten des 3. Infanterie-Regiments aus Komza in den von dem Feuer heimgesuchten Orte erschienen, die sich zusammen mit der Bevölkerung an der Rettungsaktion beteiligten. Bisher wurden 100 Häuser, darunter das Magistratsgebäude und das ehemalige Starostei-Gebäude, vernichtet. 2200 Personen sind obdachlos. Die Ursache der Katastrophe ist ebenso wie die Höhe des Schadens unbekannt.

Erdbeben in Holländisch-Indien.

Haag, 13. September. (P.M.) In der Ortschaft Campong (Holl. Indien) wurden durch ein Erdbeben 60 Häuser zerstört. Menschenleben hat die Katastrophe nicht gefordert.

Unsere Postabonnenten

werden gebeten, dem Briefträger, der in diesen Tagen wegen der Abonnements-Erneuerung vorpricht, den Bezugspreis für den Monat Oktober resp. für das 4. Quartal gleich mitzugeben. Nur dann kann auf ungestörten Fortbezug der Zeitung gerechnet werden. Der Briefträger nimmt Neubestellungen entgegen.

Drei Pläne in Stresa.

Auf der Donau-Konferenz in Stresa stehen sich jetzt die abgegrenzten deutschen, italienischen und französischen Vorschläge gegenüber.

Frankreich besteht vorläufig nach wie vor darauf, daß ein europäisches Kollektivabkommen zwischen den Agrar- und Industriestaaten abgeschlossen werden soll. Die Absicht Frankreichs ist dabei, den deutschen Markt in einem solchen Abkommen zu benutzen und selbst die Vorteile, die sich aus den Präferenzverträgen ergeben sollten, einzuheimen.

Italien hat in der am Donnerstag gebildeten Unterkommission für Wirtschaftsverträge einen Plan vorgeschlagen, der merkwürdigerweise den französischen Vorschlägen der Bildung eines „gemeinsamen Fonds“ sehr ähnlich sieht. Die europäischen Staaten sollen nach dem italienischen Vorschlag den notleidenden Agrarländern eine Geldkontribution leisten, die nach Maßgabe des Anteils der einzelnen Südoideale am Weltmarkt verteilt werden soll. Die Agrarstaaten sollen dafür ihre Zölle wesentlich herabsetzen.

Der am Freitag von dem Führer der deutschen Delegation, Ministerialdirektor Posse, vorgelegte deutsche Plan beruht auf dem ausgebauten Präferenzsystem. Deutschland, Österreich, Frankreich, Italien und die Tschechoslowakei sollen die Einfuhr von Weizen, Gerste und Mais aus Bulgarien, Ungarn, Rumänien und Südbalkan bevorzugen behandeln. Zwischen allen beteiligten Staaten sollen zweiseitige Verträge abgeschlossen werden. Kontingenterungen sollen verhindern, daß durch das neue Vertragssystem eine wesentliche Ausdehnung im Südoideale stattfindet.

